



Wahlprogramm der Partei der Rentner (PdR)

„Würde für heute. Sicherheit für morgen. Verantwortung für die Zukunft“

Inhaltsverzeichnis

Präambel

- 1. Leitprinzip der Partei**
- 2. Familien- und Generationsgerechtigkeit**
- 3. Rentenpolitik**
- 4. Pflege- und Gesundheitspolitik**
- 5. Altersheime, Wohnen und Betreuung**
- 6. Bildung und lebenslanges Lernen**
- 7. Soziale Teilhabe, Kultur und Digitalisierung**
- 8. Umwelt- und Klimapolitik**
- 9. Wirtschaft, Finanzen und Steuern**
- 10. Transparenz staatlicher Finanzen und Sozialkasse**
- 11. Barrierefreiheit und Verkehr**
- 12. Generationenvertrag und gesellschaftlicher Zusammenhalt**
- 13. Verantwortung des Landes Baden-Württemberg**
- 14. Europa-Politik**
- 15. Friedenspolitik**
- 16. Demokratie und Teilhabe**
- 17. Schlusswort**

Präambel

Die PDR ist die Partei der Mitte. Wir sind nicht rechts und nicht links, sondern lassen uns bei unseren politischen Forderungen und Entscheidungen von Vernunft und Verstand zum Vorteil der Menschen leiten. Wir wollen die Stimme all derer sein, die sich mit dem politischen System nicht mehr identifizieren können, unzufrieden mit den politischen Maßnahmen sind oder sich sozial abgehängt oder benachteiligt fühlen. Im Mittelpunkt unserer Politik steht immer der Mensch. Wir kämpfen für eine sichere Welt ohne Angst und ohne Armut, einen gerechten Staat und wollen mit unserem Programm die Spaltung der Gesellschaft überwinden. Wir fordern eine Direkte Demokratie von unten nach oben, mit Volksentscheiden und Mitbestimmung bei den großen Themen unserer Zeit, wie Grundrente, Migration, Pflege, Arbeit, usw. Wir wollen, dass alle Bürger und Bürgerinnen bei diesen großen gesellschaftlichen Herausforderungen mitbestimmen, sich aktiv einbringen und mit ihrer Stimme am politischen Diskurs teilnehmen. Nur so können wir eine gerechtere Gesellschaft erreichen, die nach dem Willen und Vorstellungen der Mehrheit ausgerichtet ist.

Wir sind viele - gemeinsam sind wir stark und können vieles verändern!

1. Leitprinzipien der Partei

Unsere Politik basiert auf folgende Grundprinzipien:

Direkte Demokratie und Mitbestimmung

Soziale Gerechtigkeit

Staatliche Verantwortung für Daseinsvorsorge, Frieden und soziale Stabilität

Familien, Kinder, Rentnerinnen und Rentner und Pflegebedürftige, sowie Benachteiligte gehören mehr ins Zentrum der gesellschaftlichen Entscheidungen.

Ein neuer Generationenvertrag

2. Familien und Generationsgerechtigkeit

Familie ist das soziale Fundament der Gesellschaft

Anerkennung der Erziehungs-, Pflege-, und Sorgearbeit bei Renten und Sozialleistungen

Entlastung pflegender Angehöriger

Solidarität zwischen Jung und Alt statt gegeneinander ausspielen

Kinder- und Altersarmut konsequent bekämpfen

2.1. Würde

Jeder Mensch in unserem Land hat das Recht auf ein Leben in Sicherheit, Freiheit, Frieden, Respekt und sozialer Absicherung

2.2. Gerechtigkeit

Gleiche Anerkennung aller Lebensleistungen – auch derjenigen, die in Pflege, Ehrenamt oder Haushalt zu kurz gekommen sind.

2.3. Transparenz

Der Umgang der Politik muss transparent, nachvollziehbar und verständlich sein.

2.4. Nachhaltigkeit

Wir handeln ökologisch und ökonomisch verantwortungsvoll gegenüber heutigen und kommenden Generationen.

2.5. Solidarität

Wir verbinden junge und alte Menschen zu einer Einheit, statt sie gegeneinander auszuspielen.

Jeder junge Mensch weiß, dass er im Alter einen Anspruch auf die Grundrente hat.

2.6. Wohnen und Lebensqualität

Bezahlbares Wohnen als Grundrecht

Ausbau von Sozial- und generationsgerechtem Wohnraum

Barrierefreies Wohnen für Behinderte und ältere Menschen

Schutz vor überzogene Mieterhöhung und Verdrängung

Öffentlich Wohnbaugesellschaften stärken

Die erste selbstgenutzte Immobilie muss grundsteuerfrei sein

2.7. Mehr Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger

Wir setzen uns für verbindliche Formen der Direkten Demokratie. Das Volk soll bei grundlegenden Fragen, die das Leben vieler Menschen unmittelbar betreffen, stärker einbezogen werden.

- Dazu gehören insbesondere:
- Grundlegende Weichenstellungen in der Migrations- und Integrationspolitik
- Wesentliche Reformen in der Sozial- und Bildungspolitik

Volksabstimmung und Bürgerentscheide sollen transparent, fair und verständlich gestaltet sein. Politik darf nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden werden.

3. Rentenpolitik

Rentenpolitik ist unser Kernbereich, aber nicht unser einziges Thema. Wir verfolgen realistische, solide und sozial tragfähige Maßnahmen

3.1. Rentensicherung und Erhöhung der Renten

- Wir fordern eine monatlich garantierte Mindestrente von Netto 1.300 Euro, fest im Grundgesetz verankert mit jährlicher Anpassung an die Preisentwicklung/Inflation. Somit wird für Viele der entwürdigende Gang zum Sozialamt wegfallen.
- abschlagsfrei in Rente nach 45 Arbeitsjahren
- Wir fordern eine 13. Monatsrente als Ausgleich zu den hohen Pensionen
- Stabilisierung des Rentensystems durch Einbezug aller Erwerbstätigen (Beamte, Selbständige und Politiker)
- Einführung eines kapitalgedeckten Anteiles des Rentenbeitrages nach schwedischem Modell zur Stabilisierung des Rentenbeitrages.
- Steuerfreibetrag für alle Bürger von 15.600 Euro pro Jahr

3.2. Faire Anerkennung der Lebensleistungen

- Automatische, unbürokratische Anerkennung der Pflegezeiten.
- Erhöhung der Rentenpunkte für Kindererziehung – auch rückwirkend.
- Berücksichtigung von Langzeitarbeitslosigkeit als Versicherungsjahre (sozial abgefedert)
- Ebenfalls müssen die Künstler im Rentensystem berücksichtigt werden. So dass diese nicht im Rentenalter in die Armut fallen. Wer seinen gesellschaftlichen Beitrag geleistet hat, egal in welcher Form, hat ein Recht auf Anerkennung.

3.3. Erwerbsminderungsrente stärken

- Schluss mit der Diskriminierung von Menschen mit Erwerbsminderung.
- Vollständige Angleichung an die Altersrente.
- Verbesserte medizinische Rehabilitation.

3.4. Bürokratieabbau

- Verbindliche und verständliche Rentenbescheide
- Vollständige Digitalisierung der Rentenabläufe bei gleichzeitiger Offline-Alternative für alle die kein Internet nutzen möchten und können.

4. Pflege- und Gesundheitspolitik

- Pflege darf nicht arm machen – und Pflegekräfte dürfen nicht ausbeutet werden.
- Gesundheitsversorgung als öffentliche Aufgabe
- Erhalt wohnortnaher Krankenhäuser
- Stärkung ambulanter und stationärer Pflege
- Gute Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte
- Würdevolles Leben und Pflege im Alter, unabhängig vom Einkommen.

4.1. Finanzierung und Eigenanteile

- Einführung eines gesetzlichen Pflegedeckels.
- Eigenanteile der Pflegewerden auf einen festen Maximalbetrag begrenzt
- Staatliche Nachfinanzierung der Pflegekosten, statt Belastung der Rentenbezieher.

4.2. Qualität und Kontrolle

- Strenge, unabhängige Qualitätsprüfung von Pflegeeinrichtungen
- Veröffentlichung einer verständlichen Pflege- Transparenz-Skala.
- Sanktionen bei Missständen, bis zum Entzug der Betriebserlaubnis.

4.3. Unterstützung des Pflegepersonals

- Attraktive Arbeitsbedingungen durch gerechte Bezahlung und geregelte Arbeitszeiten.
- Staatlich geförderte Pflegeausbildung.
- Modernisierung der Pflegeeinrichtungen.

5. Altersheime, Wohnen und Betreuung

5.1. Mehr Optionen als Zwang

- Förderung von betreutem Wohnen, häuslicher Pflege und Mehrgenerationshäusern.

- Ausbau von Quartierprojekten für gemeinschaftliches Leben im Alter

5.2. Altersgerechtes Wohnen

- Zuschüsse für Umbau (barrierefreie Badezimmer, stufenlose Eingänge, intelligente Haustechnik).
- Förderung kommunaler Wohnprojekte speziell für Rentner.

5.3. Pflegeheime verbessern

- Kein Alters- und Pflegeheim, die „krank gespart“ werden.
- Förderung kommunaler Wohnprojekte speziell für Rentner.

6. Bildung und lebenslanges Lernen

- **Wir setzen auf:**
- Modernisierung der Schulen (IT, mehr Berufsorientierung, in den oberen Schulklassen)
- Mehr Lehrkräfte zum Beispiel wegen dem Ersatz bei Ausfall von Lehrkräften durch Schwangerschaft, Krankheit und gegen die Überalterung dieser.
- Kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Weiterbildung
- Stärkung der beruflichen Bildung
- Chancengleichheit für alle Kinder unabhängig von Herkunft und Einkommen
- Bildungsangebote für ältere Menschen

7. Soziale Teilhabe, Kultur und Digitalisierung

7.1. Mobilität und Begegnung

- Bundesweit vergünstigte oder kostenlose ÖPNV-Tickets für Rentenbezieher.
- Förderung von Seniorenzentren, Kulturprogrammen und Weiterbildung.

7.2. Digitale Teilhabe

- Kostenlose Basis-Schulungen zur digitalen Kompetenz.
- „Digitale Lotsen“ in Ämtern, Bibliotheken und Bürgerzentren.

- Keine Verpflichtung für Menschen, die offline bleiben möchten.

8. Umwelt- und Klimapolitik

Wir verbinden ökologische Verantwortung mit sozialer Fairness. Soziale verträgliche Energiewende

Klimaschutz sozial gerecht gestalten

Keine Mehrbelastung für Menschen mit geringen Einkommen und Rentnerinnen und Rentner

Energiepreise bezahlbar halten

Nachhaltige Mobilität auch im ländlichen Raum

Umweltpolitik mit sozialem Ausgleich verbinden

- Keine zusätzlichen CO₂-Kosten für Menschen mit geringer Rente.
- Förderung von Solar- und Energie Sparprojekten in Wohnanlagen, Pflegeheimen und Mehrfamilienhäusern.
- Zuschüsse für erneuerbare Energie im häuslichen Umfeld.

8.1. Nachhaltiger Konsum

- Förderung langlebiger Produkte statt Wegwerfgesellschaft.
- Reparaturboni für Haushaltgeräte und Elektronik

9. Wirtschaft, Finanzen und Steuern

9.1. Gerechte Steuerpolitik

- Abschaffung unnötiger Doppelbesteuerung.
- Vereinfachte Steuerformulare für alle Bürgerinnen und Bürger
- Jährlicher Steuerfreibetrag für alle von 15.600 Euro
- Gegen die Abschaffung der Witwenrente
- Gegen Kürzungen der Erwerbsminderungsrente

9.2. Haushaltsdisziplin ohne Sozialabbau

- Keine Kürzungen bei Gesundheit, Pflege und Rente, zur Finanzierungsdeckung andere Projekte.

- Kampf gegen Verschwendungen öffentlicher Gelder

9.3. Förderung seniorenfreundlicher Unternehmen

- Steuerliche Vorteile für Betriebe, die ältere Arbeitnehmer oder Rentner beschäftigen.
- Unterstützung innovativer Pflege- und Gesundheitsstart-ups.

10. Transparenz stattlicher Finanzen und Sozialkassen

Wir fordern eine vollständige Transparenz über die Verwendung öffentlicher Mittel auf Landesebene

- Transparente Offenlegung aller staatlichen Einnahmen und sichtbar, wie und an wen das Geld ausgegeben wird
- Sozialkassen sind nur für die Grundinhalte, wie Pflege, soziale Hilfe und Renten sowie das Gesundheitswesen da. Nicht für andere Ausgaben des Landes
- Mehr Landes Zuschüsse an Kommunen und Trägern sozialer Einrichtungen und Verbände

Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, wie und für was ihr Geld ausgegeben wird.

11. Barrierefreiheit und Verkehr

11.1. Barrierefreies Bundesland

- Pflicht zu barrierefreien Zugängen bei öffentlichen Gebäuden. Nicht nur für Rentnerinnen und Rentner, sondern auch für Mütter und Väter mit Kindern, Rollstuhlfahrer, Gehbehinderte und Blinde
- Förderung barrierefreier Nahverkehrsinfrastruktur.

11.2. Verkehrssicherheit

- Ausbau von sicheren Gehwegen, Ampeln und Tempo-30-Zonen in Wohngebieten.
- Barrierefreie Zugänge zu Geschäften und Ämtern.

12. Generationenvertrag und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die PDR stärkt den Zusammenhalt zwischen Jung und Alt

12.1. Gemeinsam statt gegeneinander

- Keine Politik auf Kosten der Jugend und Alten.

- Generationsübergreifende Projekte und Zentren.

12.2. Ehrenamt fördern

- Rentenpunkte oder steuerliche Vorteile für freiwilliges Engagement.
- Anerkennungskultur für pflegende Angehörige.

12.3. Unser Programm richtet sich an alle Menschen:

- All jene, die zu wenig haben
- An Menschen die sich abgehängt oder frustriert fühlen
- An Bürgerinnen und Bürger, die das Gefühl haben, dass sich ihr Land zum Schlechten verändert hat.
- Die sagen, das ist nicht mehr das Land, dass ich zu lieben und zu schätzen wusste.

Wir nehmen diese Sorge ernst. Politik muss wieder Vertrauen schaffen und soziale Sicherheit gewährleisten.

13. Verantwortung des Landes Baden-Württemberg

Alle Forderungen orientieren sich klar an den Zuständigkeiten des Landes

- Landesgesetzgebung
- Finanzierung und Aufsicht
- Unterstützung der Kommunen.

Unser Ziel ist eine soziale, transparente und bürgerliche Landespolitik, die den Menschen wieder das Gefühl gibt, gehört und ernst genommen zu werden.

14. Europa-Politik

14.1. Europa der Menschen

- Schutz der sozialen Sicherungssysteme in Europa.
- Harmonisierung von Rentenansprüchen und Pflegequalitätsstandards
- Angleichung der Renten auf europäische Ansätze, wie in Schweden oder Österreich

14.2. Außenpolitik

- Frieden und Diplomatie als oberste Leitlinie.
- Unterstützung internationaler Seniorenrechte.

15. Friedenspolitik

- Frieden als Voraussetzung für soziale Sicherheit
- Ablehnung von Aufrüstung auf Kosten sozialer Systeme
- Diplomatie, Dialog statt Waffen
- Internationale Zusammenarbeit
- Keine Kürzung bei Bildung, Pflege und Rente zugunsten militärischer Ausgaben

16. Demokratie und Teilhabe

- Politische Teilhabe behinderter und älterer Menschen stärken
- Mehr direkte Demokratie (Volksabstimmung) mit Veto Recht
- Kommunen finanziell handlungsfähig machen
- Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement fördern.

17. Schlusswort

Dieses Wahlprogramm steht für Mitbestimmung, soziale Sicherheit und Würde – für Jung und Alt, für Familien und Alleinstehende, für alle Menschen in Baden-Württemberg. Als Partei richten wir uns an alle Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen niemanden ausschließen und alle mitnehmen – nicht nur Rentnerinnen und Rentner, sondern Menschen aus allen Generationen und sozialen Gruppen

Die Partei der Rentner gibt denjenigen eine Stimme, die oft überhört werden. Wir kämpfen für eine gerechte, nachhaltige und respektvolle Politik.

Wir treten für alle Bürger und Bürgerinnen ein, für eine Gesellschaft, in der niemand im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit zurückgelassen wird.

Unsere Botschaft ist klar:

Wir, die „Partei der Rentner“, wollen als unüberhörbare Stimme in die Parlamente einziehen. Dazu braucht unser Land starke Bürger und Bürgerinnen, die aktiv am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen und endlich Gerechtigkeit für alle einfordern. Nur so gelingt es uns, die gesellschaftliche Spaltung rückzuführen.